

Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Wenn ein Mehrheitskollege eine Interpellation einreicht
dann ist generell Vorsicht geboten.

Meistens geht es weniger darum einen Minister in seinem Handeln zu
hinterfragen. Oft hat man es mit Vorlagen zutun welche der Regierung und
natürlich den Mehrheitsparteien willkommen und dienlich sind.

Und die Interpellation von Herrn Velz bildet hier keine Ausnahme.

Gut, dass sind die üblichen Spielchen der klassischen Politik, daran haben wir
uns gewöhnt.

Wobei das von Herrn Velz gewählte Thema, besitzt eine gewisse Brisanz und
deshalb möchte ich auch hierzu Stellung beziehen und einige Punkte
aufgreifen.

Ich denke, ich gehe richtig in der Annahme, dass der Anlass dieser
Interpellation u.a. ihre Zustimmung zum Fiskalpakt war.

Also u.a. -

Hierzu ist in der letzten Plenarsitzung einiges gesagt worden,
ich möchte kurz nochmals verschiedene Punkte hervorheben, auch weil
Herr Velz in seiner Interpellation einige Aspekte anspricht welche ich so nicht
stehen lassen kann.

Herr Velz sagt, dass einige hier im Hause dem Vertrag nur zugestimmt hätten,
weil sie unser Land nicht schutzlos den Geiern auf den Finanzmärkten
ausliefern wollten.

Und er wiederholt eine Aussage aus der letzten Plenarsitzung:

Eine Stimme für den Fiskalpakt, war also in erster Linie eine Stimme für Belgien.

Nun, dies kann man sich einreden. Und solche Aussagen können vielleicht das
Gewissen beruhigen, zumindest vorläufig. Aber diese Aussagen sind ganz
einfach falsch.

Ich möchte hierzu kurz einige Eckpunkte des Vertrages aufzählen, welche
diametral dem von Herrn Velz erwähntem entgegenstehen.

Der Fiskalpakt ist die logische Folge und Fortsetzung der neoliberalen Politik,
bei der Konzerne und Monopole die Entscheidungen treffen und dem Staat die
Rolle zukommt, diese auszuführen und die öffentliche Ordnung
aufrechtzuerhalten.

Und er ist eine durchdachte Fortsetzung des Lissabon-Vertrages, welcher auch vom Parlament hier in Eupen von einer großen Mehrheit zugestimmt und verteidigt wurde.

Und u.a. durch diesen Vertrag wurde es den Finanzhaien erleichtert, und die Spekulation wurde so richtig in Gang gebracht, auch durch die Lobbyarbeit der Kreditinstitute. Ich erinnere Sie an den Art. 123 des Lissabon Vertrages welcher die Staaten dazu verpflichtet sich bei privaten Kreditinstituten zu verschulden.

Übrigens hat Herr Norbert Nicoll bei seinen Darlegungen zum Fiskalpakt dies sehr klar bei einer Anhörung im Parlament beschrieben, nachzulesen im Bericht zum Dokument Nr. 143.

Nun, dies ist allgemein bekannt, zahlreiche Professoren, Wirtschaftswissenschaftler und Organisationen haben vor den Folgen der EU Verträge gewarnt.

2005 und 2006 hatte auch mein Kollege Joseph Meyer im PDG gewarnt. Er wurde ausgelacht, danach wurden auch mein Kollege und ich bei jeder Gelegenheit die sich bot belächelt. Nur nun gibt's nichts mehr zu lachen. Und die Folgen sind überall ersichtlich.

Vielleicht finden ja einige Mehrheitskollegen Zeit und schauen sich mal in den Weihnachtsferien die Folgen dieser „Austeritätspolitik“ in Süd-Europa an. Und reden mal mit jungen gut ausgebildeten Menschen welche hoffnungslos in die Zukunft blicken und am liebsten auswandern würden.

Aber unabsehbar sind auch die Folgen, die nun auf uns zukommen ob in Belgien oder auch in der DG.

Mittels des Fiskalpakts wird der ganzen Eurozone eine Schuldenbremse auferlegt. Es dürfen von der öffentlichen Hand keine klassischen Darlehen mehr aufgenommen werden, sondern alle Ausgaben des Staates sind aus den Einnahmen zu finanzieren.

Oberflächlich betrachtet hört sich dies gut und logisch an.

Dass dies jedoch nicht geht, heben Experten uns während den verschiedenen Ausschusssitzungen zum Fiskalpakt erklärt.

Auch hat Herr Braun in seinem Redebeitrag in der letzten Plenarsitzung verständlich dargelegt.

Im jetzigen Geldsystem bedarf es immer neuer Schulden, da durch den Zins und den Zinseszins die Geldmenge immer weiter ansteigt. Und das Geld welches gehortet wird, steht dem Wirtschafts-Kreislauf nicht zur Verfügung, und die Wirtschaft stagniert, es kann zu einer Deflation kommen.

Eine Alternative wäre ein umlaufgesichertes Geld, ein Geld welches sich ständig im Umlauf befindet und allen dient.

Hierzu fehlt jedoch noch der politische Mut. Obwohl es seit Jahrzehnten gut durchdachte Systeme gibt – welche man auch in der DG und in Belgien anwenden könnte. Hierzu später mehr.

Als Lösung dieses Dilemmas wird den Staaten von Seiten der Industrie und der Finanzwirtschaft das Modell PPP angeboten, das kennen Sie.

Public Private Partnership, was die Finanzierung öffentlicher Vorhaben durch private Geldgeber bedeutet, wobei die öffentliche Hand die Objekte anschließend anmietet.

An diesem Modell verdienen die privaten Geldgeber teilweise sehr gut, dem Staat bzw. den Gemeinden verbleiben unkalkulierbare Risiken aus Vertragsklauseln.

Eine anderer, politisch gewollter „Ausweg“ sind Privatisierungen, man verkauft Tafelsilber. Sie verschaffen dem Staat zwar kurzfristig Geld, damit werden aber über Jahrzehnte geschaffene Strukturen aufgegeben, und auf die Bevölkerung können massive Gebührenerhöhungen und auf die Beschäftigten Lohnabbau zukommen.

Beide Lösungs-Ansätze führen jedoch zu einer Aushöhlung der Staaten, Und zu einer stärkeren Abhängigkeit von Großkonzernen.

Ein weiteres Problem welches sich mehr und mehr darstellt ist die fehlende demokratische Legitimation.

Das Haushaltsrecht, d.h. die Hoheit über Einnahmen und insbesondere Ausgaben des Staates, eines der wichtigsten Rechte eines Parlamentes, wird durch den Fiskalpakt unterlaufen.

Dahinter steht die Drohung gegenüber den Abgeordneten: „Wenn Ihr nicht zustimmt, finden wir einen Ausweg“. Der englische Soziologe Colin Crouch bezeichnet dieses Vorgehen mit dem Begriff „Postdemokratie“.

Dass meine Damen und Herren, sollten Sie sich mal durch den Kopf gehen lassen. Welche Freiheit hat dieses Parlament, wenn es einer Sache zustimmt, die ihm, wie wir heute wieder einmal hören dürfen, weiterhin schwer auf dem Magen liegt?

Meine Damen und Herren,
zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler sind ich einig, ein wesentlicher Aspekt, der zum Ausbruch dieser Krise geführt hat sind die negativen Einflüsse des fiktiven Finanzmarkts auf die Realwirtschaft.

Mehr als 90 % des Geldes welches sich im Umlauf befindet hat nichts mit der Realwirtschaft, also nichts mit der Produktion oder dem Handel von Gütern zu tun, oder mit Dienstleistungen an Menschen, sondern mit reinen Finanztransaktionen.

Und der Fiskalpakt ändert Garnichts an dieser Begebenheit.

Die momentane Situation entspricht einer systematischen Verarmung der öffentlichen Hand mit den bekannten Folgen wie maroden Straßen, Schließung öffentlicher Einrichtungen und Erhöhung von Gebühren und Steuern.

Dies alles erlebt man zurzeit in Süd-Europa und dies alles wird auch zu uns rüber kommen.

Und dies alles hat auch mit der Zustimmung der klassischen Politik zu den europäischen Verträgen zu tun, welche im PDG in Eupen anfangs immer lobend hervorgehoben wurden und welche gekennzeichnet sind durch den Neoliberalismus durch Deregulierung und Privatisierung.

Wenn man bedenkt wie sich dies alles entwickelt hat, dann kann doch niemand mehr ernsthaft behaupten, dass dies alles zum Wohle der Bürger geschieht oder um Wohlstand zu mehren.

Meine Damen und Herren,
wann legen Sie endlich ihre Naivität gegenüber der Institution EU ab?

Hierzu einige aktuelle Beispiele:

Zu nennen ist zuerst einmal die Verarmung der EU-Mittelmeerländer, und die Gründe liegen hier nicht nur in einer überzogenen Ausgabenpolitik, wie ich anhand von Fakten ausführlich in meiner Rede vom 14. Oktober erklärt habe.

Gleichzeitig geht in allen Ländern die Schere zwischen extremer Armut und extremem Reichtum immer weiter auseinander.

Europaweit kommt es zur Stagnation des Bruttosozialprodukts und der Anteil von prekärer Beschäftigung (Zeitarbeit, Leiharbeit, Niedriglohnsektor) nimmt zu. Die Folge sind Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit. Der Euro nutzt nur bestimmten Gruppen, dagegen betreffen die Folgen der Verschuldung die gesamte Bevölkerung.

Alleine in der Eurozone sind zurzeit 19,5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind fast eine Million mehr als noch vor einem Jahr.

In der Eurozone beträgt die Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen mittlerweile 24 Prozent, das heißt jeder 4 Junge Mensch ist auf Arbeitssuche.

Ein Teufelskreis, und der Fiskalpakt wird diesen Prozess beschleunigen. Und dem haben Sie zugestimmt, und dies war keine Stimme für Belgien, im Gegenteil es war eine Stimme gegen die Souveränität dieses Landes und eine Stimme gegen die demokratischen Prinzipien wie sie heute noch in der Schule gelehrt werden.

Die Aussage: „Eine Stimme für den Fiskalpakt war also in erster Linie eine Stimme für Belgien und nicht eine Stimme für die Inhalte des Austeritätspaktes, der zu dem Zeitpunkt, wo wir darüber zu befinden hatten übrigens schon in Kraft war.“ zeigt wie krank unser System ist. Was tun wir hier überhaupt, frage ich Sie?

Was die Gemeinden betrifft lässt sich nichts Gutes, bezüglich der SEC 95 Normen erahnen. Hierbei werden die Haushalte der 9 Gemeinden, sowie es Herr Velz ausdrückt, mit dem der DG quasi in einem Topf geworfen.

Die Thematik wird Neid hervorgerufen, genauso wie es zwischen den verschiedenen EU Ländern brodelt und weiter brodeln wird.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Angelegenheit in gesamt Belgien. Und die Frage ist: Wer will das so? Alle werden sagen: „Wir nicht!“ Und doch macht man mit, in meinen Augen ist das verantwortungslos. Die Probleme werden weiter wachsen und nichts ist geklärt.

Und meine Damen und Herren, man darf nicht vergessen, das Ganze ist systemisch, d.h.

durch den Zins- und den Zinseszins hat ein Währungssystem immer nur eine begrenzte Laufzeit und das ist Mathematik und keine Verschwörung. Die Geldmenge steigt hierdurch exponentiell und irgendwann können die Schulden nicht mehr bedient werden.

Aber was können wir in der DG tun?

Wir brauchen nationale Konjunkturaufschwungspakete, durch die Einführung umlaufgesicherter nationaler Zweitwährungen als Konsumgeld.

Wie könnte die aussehen. Parallel zum Euro könnte Belgien, eine Komplementärwährung einführen, öffentliche Leistungen und Gehälter zu einem gewissen Prozentsatz in dieser Währung auszahlen, und die Unternehmer könnte hiermit ihre Steuern zahlen.

Beispiele aus der Geschichte zeigen uns dass dies in Krisenzeiten die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen kann.

Man könnte dies auf mehrere Bereiche ausweiten, Thema Altersversorgung durch Zeitwährung, oder eine Bildungswährung, all dies funktioniert bereits, man muss nur wollen.

Und Belgien könnte dies heute tun, ohne, dass man Probleme mit der EU bekäme. Es wäre ein nationales Aufschwungspaket.

Und die DG könnte beginnen.

Hier könnte im öffentlichen Sektor, Prämien in einer Parallelwährung ausbezahlt werden, oder Sonderzulagen an Familien, auch könnten die zahlreichen Dienste der DG mit einbezogen werden.

Und da die Gemeinden durch die neuen EU Vorgaben, wie Herr Velz es nennt ihren Haushalt mit in einem Topf der DG werfen könnte man diese direkt mit ins Boot nehmen, auch Investitionen könnten hierdurch getätigt werden.

Die Parallelwährung würde wieder in den Kreislauf gelangen, wenn Angestellte, Lehrer oder Familiein diese ausgeben.

Selbständige und Unternehmen könnten ihrerseits, entweder diese benutzen um Prämien an ihr Personal zu zahlen, ähnlich wie die bekannten Cheques Repas, oder man könnte ein Teil der Gemeindegebühren damit zahlen –

Diese Parallelwährung, hätte einen Umlaufimpuls d.h dass sie in einem vorgegeben Zeitraum ausgegeben werden muss, sie bleibe somit ständig im Umlauf.

Ich rede hier nicht von einer Regionalwährung, ich rede von einem Konjunkturaufschwungspaket durch eine Parallelwährung.

Technisch ist dies einfach zu lösen, mittels bargeldloser Kartensysteme, es gibt ausgereifte Systeme, welche man auf die Bedürfnisse der DG zuschneiden könnte, sicherlich ist hierbei einiges rechtlich zu klären.

Aber wo ein Wille ist, ist bekanntlich auch ein Weg.

Und anstatt ständig mit Aussagen wie „Ein Belgien zu viert“, und durch die Lande zu ziehen, wäre dies einmal ein lobenswertes Vorgehen, welches in ganz Belgien für Aufsehen und Anerkennung für die DG führen könnte.

Packen wir es an! Eine Gemeinschaft geht andere Wege.

Und ich möchte meinen Redebeitrag mit einer Frage an den zuständigen Finanzminister beenden:

Was halten Sie von solch einem Aufschwungspaket?

Ich danke Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG – 18.11.2013